



## Kosovo Force (KFOR): Stabilitätsanker im spannungsreichen Umfeld 2020

Covid-19, eine Regierungs- und Verfassungskrise im Kosovo, verschobene Wahlen in Serbien und das Auseinanderdriften der US- und der europäischen Westbalkanpolitik haben das Umfeld des KFOR-Einsatzes deutlich unübersichtlicher gemacht als noch vor einem Jahr. Der EU-moderierte Dialog zwischen Kosovo und Serbien ruht nach wie vor. Anhaltende Spekulationen, in US-geleiteten Geheimverhandlungen würde weiter an einem Gebietstausch gearbeitet, haben die Nervosität gesteigert. Eine Präsenz der KFOR als glaubwürdiger Garant der Stabilität ist deshalb sogar wieder wichtiger geworden, ebenso das weitere Engagement Deutschlands.

### Mandat und Aktivitäten

Die völkerrechtliche Grundlage der NATO-geführten Kosovo Force (KFOR) bleibt [UN-Resolution 1244](#). Zentrale Aufgabe von KFOR ist es, ein **sicheres Umfeld** zu gewährleisten. Nach der Unabhängigkeit Kosovos erhielt KFOR zusätzlich den Auftrag, den Aufbau der **Kosovo Security Force (KSF)** zu beaufsichtigen. Inzwischen ist die internationale Schutztruppe in Kosovos Sicherheitsarchitektur nur noch der **Third Responder**. Die Erstverantwortung für Sicherheit liegt bei der nationalen Polizei (*First Responder*), danach wird auf die Bereitschaftspolizei (*Formed Police Unit*) der EU-Mission EULEX zurückgegriffen (*Second Responder*). Nur im Notfall soll auf KFOR zurückgegriffen werden.

Der KFOR-Einsatz war weitgehend erfolgreich. Zu den Rückschlägen gehörten die Unruhen gegen die serbische Minderheit im März 2004 – zu einem Zeitpunkt, an dem KFOR gerade reduziert worden war – und die Aufstände von Kosovo-Serben im Norden nach der Unabhängigkeitserklärung 2008. Dies sollte ausreichend Warnung vor verfrühten Abzugsforderungen sein.

### Aktuelle Lage: Zunehmende Unübersichtlichkeit

Die anhaltende Debatte über einen möglichen Gebietstausch verstärkt die **Spannungen zwischen Serbien und Kosovo**. Schwache beziehungsweise gegensätzliche politische Signale der internationalen Gemeinschaft haben dazu beigetragen. Mit dem slowakischen Diplomaten Miroslav Lajčák hat die EU inzwischen einen **neuen Sonderbeauftragten für den Dialog** Belgrad-Prishtina. Doch vor dem Ende der Verfassungskrise im Kosovo und den auf Juni verschobenen Neuwahlen in Serbien ist es unwahrscheinlich, dass beide Seiten über legitime Verhandlungsführer verfügen.

Der von der **EU moderierte Dialog** über einen „Grundlagenvertrag“, der die bilateralen Beziehungen umfassend, abschließend und rechtlich bindend regeln soll, ruht seit 2018. Als die Staatspräsidenten Kosovos und Serbiens, Hashim Thaçi und Aleksandar Vučić, eine „Grenzkorrektur“ zur Diskussion stellten, hielt der damalige kosovarische Premierminister Ramush Haradinaj dagegen und erhob eine **Einfuhrsteuer von 100%**, die das Verhandlungsklima vergiftete. Serbien erklärte, den Dialog erst fortzusetzen, wenn diese Maßnahme ersatzlos entfällt. Gleichzeitig forcierte es seine Kampagne, kleinere Staaten davon zu überzeugen, ihre völkerrechtliche Anerkennung Kosovos zurückzunehmen.

Aus den kosovarischen **Parlamentswahlen** im Oktober 2019 ging der Oppositionspolitiker Albin Kurti mit seiner Bewegung *Vetëvendosje!* („Selbstbestimmung!“) als stärkste Kraft hervor. Mit der zweitplatzierten *Demokratischen Liga*, LDK, einigte er sich auf eine **Koalitionsregierung** und wurde am 3. Februar 2020 zum Premierminister gewählt. Kurti war zwar bereit, die Einfuhrsteuer sukzessive abzuschaffen, wollte aber gleichzeitig „**Reziprozität**“ gegenüber Serbien durchsetzen, d.h. gleiche Rechte und Pflichten für beide Seiten. Da dies den Dialog weiter zu behindern drohte,

stieß diese Position bei vielen internationalen Partnern Kosovos auf Ablehnung, insbesondere bei Richard Grenell, dem US-Sondergesandten für Serbien und Kosovo (zugleich US-Botschafter in Deutschland und kommissarisch Geheimdienstkoordinator seines Landes), der den Kontakt mit Thaçi und Vučić gepflegt hatte. Als das Umfeld des US-Präsidenten deshalb laut darüber nachdachte, das US-Kontingent an den KFOR-Truppen abzuziehen, kam es zum Koalitionsbruch. Am 25. März unterstützte die LDK einen Misstrauensantrag gegen die von ihr mitgetragene Regierung – die seitdem geschäftsführend amtiert.

Inzwischen hat sich die Auseinandersetzung zur **Regierungs- und Verfassungskrise** ausgeweitet. Kurti beansprucht, als stärkste parlamentarische Kraft einen neuen Premierminister vorzuschlagen. Andernfalls seien Neuwahlen anzusetzen. Dabei beruft er sich auf die Rechtsprechung des **Verfassungsgerichts**, zeigt aber angesichts der Anstrengungen zur Bekämpfung von Covid-19 bei beidem keine Eile. Dagegen bemüht sich Präsident Thaçi um eine alternative Koalition. Ein Dekret, das den LDK-Politiker Avdullah Hoti als Premierminister nominierte, terminierte er auf den Dienstschluss des Verfassungsgerichts vor dem langen Maiwochenende. Aufgrund eines Eilantrags von *Vetëvendosje*-Abgeordneten suspendierte das Gericht die Entscheidung aber am 1. Mai und kündigte ein endgültiges Urteil für Ende Mai an.

## Personalstärke und deutscher Beitrag

Die **Truppenstärke** der KFOR liegt aktuell bei knapp über 3.500 Personen, gestellt von 27 Ländern. Gegenüber der ursprünglichen Stärke von rund 50.000 vor 20 Jahren ist dies ein deutlicher Rückgang. Ziel ist es, die Reaktionsfähigkeit der Truppe bei einer Zunahme von Spannungen sicherzustellen. Ihr Befehlshaber (COMKFOR) ist der italienische Generalmajor Michele Risi. Größte Truppensteller sind weiterhin die USA mit 660, gefolgt von den EU-Mitgliedern Italien mit 542, Österreich mit 430 und Ungarn mit 385 Soldatinnen und Soldaten ([Stand](#): Mai 2020).

Der Beitrag der **Bundeswehr** liegt zahlenmäßig deutlich darunter. Waren zu Beginn des Einsatzes 1999 noch rund 6.000 deutsche Soldaten und Soldatinnen im Kosovo stationiert, lag die 2019 vom Deutschen Bundestag mandatierte Obergrenze bei 400. In Notfällen darf diese überschritten werden. Gegenwärtig sind rund 70 Soldatinnen und Soldaten dauerhaft im Einsatz ([Stand](#): Mai 2020). Der Schwerpunkt des deutschen Engagements liegt inzwischen auf der Beratung – insbesondere zur Entwicklung der *Kosovo Security Force*. Die **Mandatsverlängerung 2020** sieht vor, die Obergrenze von 400 Soldaten und Soldatinnen beizubehalten. Das hierfür veranschlagte Budget liegt mit 16,6 Millionen Euro deutlich niedriger als die 23,3 Millionen Euro im Vorjahr.

## Fazit und Ausblick

Unübersichtliche Verhältnisse bedeuten in der Regel Konjunktur für Provokateure, für **beabsichtigte und unbeabsichtigte Eskalationen**. In den letzten Wochen wurde vermehrt über Diebstähle, Vandalismus und Brandstiftungen zu Lasten von Angehörigen der serbischen Minderheit im Zentralkosovo berichtet. Im Norden kursierten Gerüchte, die Regierung in Prishtina könne Covid-19 zum Vorwand nehmen, die Region zu „übernehmen“. Die **ethnischen Spannungen** schwelen also weiter und können instrumentalisiert werden.

Deshalb sind eine **robuste Rückversicherung und Sicherheitsgarantien** durch KFOR weiterhin unverzichtbar. Zum einen muss die verbleibende Truppe demonstrieren, im Notfall einsatzbereit und -fähig zu sein. Zum anderen sendet KFOR das politische Signal, dass die gesamte NATO weiterhin hinter dem Einsatz für die Stabilität der Region steht. Deutschland fällt eine besondere Verantwortung zu, diese Fähigkeit zu sichern.